

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 RM., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,23 RM. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Die Gespaltene Zeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Zeile 30 Pfg., die 3gespaltene Zeile 35 Pfg. Anzeigen mit Abbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 44

Danzig, Sonnabend den 4. November 1916

7. Jahrgang

Norwegen

Nun steht sich ein Volk im hohen Norden, schreibt die Wiener Arbeiterzeitung, in den gleichen Widerstreit der Interessen verfrachtet wie die Griechen im Südosten. Es ist wahrlich auch keine Lust, neutral zu sein, und kein Glück, zu den kleinen Nationen zu gehören. Die Norweger, die den stolzen Nachruhm der Wikinger tragen, die zwei und eine Viertelmillion Seelen zählen, die auf den Bergkuppen zwischen den Fjorden ihres wildromantischen Landes durch die Jahrhunderte in unantastbarer Freiheit siedeln, sind mit einemmal in eine doppelt gefährliche, weil zweifelhafte Abhängigkeit geraten. Sie bemühen sich redlich, aber bis jetzt ohne viel Erfolg, zwischen England und Deutschland ihre politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit zu behaupten.

Ein durchaus eigenartiges Volk sind diese Norweger. Nicht nur nach ihrer Herkunft und Art, die sie als die reinsten und ursprünglichsten Germanen erscheinen läßt. Die Besonderheit dieses Stammes liegt in der widerspruchsvollen Berufsmischung: Sie haben es verstanden, zugleich Bauern und Seefahrer zu sein. Der Grieche ist Stadtbürger und Seefahrer und das ist eine häufigere Verbindung. Der Grundstock des Norwegervolkes lebt nicht in Städten und geschlossenen Dorfschaften, sondern auf abgerundeten Bergbauernhöfen, bewirtschaftet seinen Ackerfeld und die Rinderzucht. Derselbe Norweger aber ist durch die zahllosen, tief ins Land einschneidenden Meeresarme und die ebenso zahllosen flachen Küsteninseln gelockt und durch die Armut des nordischen Bodens getrieben worden, sich ganz der wilden See anzuvertrauen. Der Fischreichtum dieser Meere machte ihn zum Fischer, der Holzreichtum des Landes zum Schiffsbauer und Schiffer und der wilde Seegang des Nordmeeres zum Seehelden, zum einstigen Seeräuber, zum Wikinger. Die Söhne dieses Landes haben als Normannen durch das ganze Mittelalter alle Küsten Europas heimgesucht. Sie haben an der Nordwestküste Frankreichs, in der Normandie, die noch heute ihren Namen trägt, ein Herzogtum, in Sizilien ein Königreich, zeitweise sogar in Saloniki ein Fürstentum aufgerichtet! Die französischen Normannen eroberten 1066 ganz England und in Englands Uradel fließt das Blut der Norweger! Das Selbstgefühl und die Freiheitsliebe dieses kleinen Volkes ziehen reiche Nahrung aus einer mehr als tausendjährigen Geschichte.

Bauern, Fischer und Seefahrer sind die Norweger bis heute: Dieses kleine Land besitzt auf die Zahl seiner Bewohner die größte Handelsflotte unter allen Ländern. Selbst absolut genommen, steht sie nur hinter der Kauffahrtsflotte Englands, Deutschlands und der Vereinigten Staaten und überrollt in den Häfen Amerikas und Asiens stößt man auf norwegische Schiffe. Was das Land selbst vertrachtet, ist nicht viel. Es führt Holz, Fische, Talg, Del, Häute und Fleisch aus und dafür Getreide und Kohlen ein. Die Ueberzahl seiner Schiffe führt deutsche, englische, amerikanische, asiatische Fracht zwischen den Häfen aller Länder.

Diese wirtschaftliche Lage ist des Landes Verhängnis! Es braucht die Uebersee, also Englands Duldung, denn es braucht Kohle und Getreide! Es braucht Deutschlands Duldung, denn es braucht von ihm tausenderlei industriellen Bedarfs, nicht zum wenigsten Kohle und Eisen! Die Grundlage seines Reichtums ist die Zwischenfracht. Aber die Welt ist in zwei feindliche Lager geteilt, es muß also wählen! Viel spricht für die englische, viel für die deutsche Freundschaft. Indes England beherrscht die See, England zahlt die Schiffsfracht heute so gut, daß ein Millionenregen auf die norwegischen Reeder und auf die Landeshauptstadt Christiania niedergegangen ist! Norwegens Fischer haben allerdings ein geteiltes Herz, sie haben ebenso an Deutschland wie an England geliefert. Der Bauer, der Intellektuelle reigt eher zum Deutschen, und die Allmacht Englands zur See verdrängt das selbstbewusste Volk.

Nicht genug daran. Im Bunde mit England kämpft Rußland, das den Ausweg ins freie Meer sucht. Je mehr die Dardanellenhoffnung schwindet, um so aktueller wird das andere, alte Projekt: Rußland hat über Nordfinnland weg nur einen schmalen, ganz dünnbesiedelten, sonst fast wertlosen Landstrich zu durchstoßen und besitzt die herrlichsten eisfreien Häfen der Welt in den nordnorwegischen Fjorden! Dieser Ausweg ist tausendmal wertvoller als die Seebahn durch die Dardanellen, denn er führt unmittelbar in die Nordsee, zwei, drei Tagfahrten zur englischen Küste! Die Furcht vor diesem Mars hat Schweden und Norwegen durch hundert Jahre fest zusammengehalten: Sie bildeten einen Doppelstaat wie seit etlichen Jahrzehnten Oesterreich und Ungarn.

Um die Verwirrung voll zu machen, fehlt auch diese Rückversicherung. Im Jahre 1905 hat Norwegen die Union mit Schweden gebrochen. Schweden neigte eher zu Deutschland, Norwegen aber schloß zum Schutze seiner frisch erstrittenen Selbstständigkeit einen „Integritätsvertrag“ mit England und

Frankreich, der das Land vor schwedischen Rückgewinnungsbestrebungen schützen sollte. Norwegen bezog einen König aus englischem Herrscherblut: Die beiden Garantmächte behielten sich vor, die norwegische auswärtige Politik zu kontrollieren! Man hat die innere Freiheit erkaufte durch das Opfer der äußeren!

Bald nach Kriegsausbruch traten die drei nordischen Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark zu einem Bunde zusammen, um ihre Rechte und Freiheiten als Neutrale und als Seefahrer gemeinsam zu schützen. Dieser Schritt mochte mancher Käufer des Integritätsvertrages nicht wohl entsprechen. Schweden aber, von England drangsaliiert und von Rußland bei den Landsinseln direkt bedroht, wendete sich merkwürdig von der Ententevertrauensseligkeit ab und wachte eifrig über seine Eigenherrlichkeit. In Norwegen aber war der Einfluß Englands von Tag zu Tag stärker — eine Entwicklung, die die nordische Einheit wieder gefährdete. Die auswärtigen Beziehungen Norwegens mußten sich so immer widerspruchsvoller gestalten!

Auf diesem Hintergrund spielte sich nun der Wirtschaftskampf in folgender Weise ab: Die englische Regierung fordert, um die Einfuhr aus Uebersee zuzulassen, genaue Angabe über die Bestimmung der Ware. Sie fordert es wider das Völkerrecht, aber trotzdem sehr wirksam, da sie im Weigerungsfall Kohle und Getreide, ohne die das Land nicht bestehen kann, nicht zuführen läßt. Also mußte Norwegens Regierung alle Waren mit Ausfuhrverbot belegen. Wenn eine Ware nur von einer Stadt zur anderen verschifft werden soll, muß der Versender die Erlaubnis des englischen Konsuls einholen, dessen Organe den Lauf der Ware bis zum Konsum verfolgen. Der Fischhand aber ist Landesprodukt, über ihn müßte doch das Land verfügen dürfen! Da norwegische Fische nach Deutschland gehen, droht England mit der Sperre der Getreide-, Kohlen-, Baumwoll- u. Zufuhr. Es will erzwingen, daß die Fischbeute samt und sonders nach England gehe und zu billigerem Preise! Aber Deutschland liefert den Norwegern das Fischereigerät und droht die Sperre dieser wichtigen, jetzt unersehbaren Zufuhr! Norwegen bezog vordem viel Kohle aus Deutschland. Als dieser Vorrat zu Ende war, derart, daß selbst die Bahnen ihren Betrieb einschränken mußten, lieferte England Kohle nur gegen weitere Konzessionen: Bunkerkohle nur gegen Unterwerfung der norwegischen Handelschiffahrt unter englische Kontrolle! Die Zufuhr an Wolle, Häuten, Leder, Baumwolle, an Eisen und Stahl, an industriellen Rohstoffen wie an Lebensmitteln wird von nun ab auf das äußerste gedrosselt vorgeblüht, weise die Waren doch den Mittelmächten zugeschnuggelt würden. Monatelang stockte die Getreidezufuhr.

Aber da tritt der andere Fall ein. Deutschland ergreift Vergeltungsmahregeln für das Ausfuhrverbot für Fische. Es kann ja nicht ohne weiteres seine Nahrungszufuhr verkümmern lassen! Norwegen bezog bis jetzt ziemlich große Mengen Eisen und Rohmaterial aus Deutschl., d. die für die norwegische Industrie ganz unentbehrlich sind und die von England oder den Vereinigten Staaten überhaupt oder wenigstens jetzt nicht geliefert werden können. „Wenn Deutschland diese Zufuhr stillt“, schreibt die Zeitung „Westlandet“, „würden wir vor einer Krise stehen, wie wir sie seit Beginn des Krieges nicht erlebt haben. Die ganze norwegische Schiffsmotorenindustrie müßte ihren Betrieb einstellen und Hunderttausende von Arbeitern würden arbeitslos werden. In England würden wir das aus Deutschland verweigerte Rohmaterial nicht finden können und die amerikanische Industrie ist derart beschäftigt, daß wir von dort kaum etwas erhalten; außerdem würden sich die Waren von dort bezogen, sehr teuer stellen. Die Lage ist zurzeit tatsächlich so heikel, daß man nicht weiß, wie das enden wird.“

Norwegens Reeder haben das Bombengeschäft, von Amerika und England durch das Weiße Meer Rußland mit Geschützen, Munition und sonstigem Kriegsbedarf zu bedienen. Was norwegische Zwischenfrachter in Archangelsk abladen, das tötet die deutschen Soldaten in Wolhynien. Also machen deutsche Unterseeboote oben im Eismeer Jagd auf Bannware und erzielen furchtbare Beute. Die torpedierten Schiffe sind zwar versichert, aber die nordische Versicherungsgesellschaft erleidet in knapp einem Monat Verluste bis zu fünfzehn Millionen. Die Kauffahrtsflotte, der Stolz und Reichtum des Landes, droht im Eismeer unterzugehen!

Die Regierung sucht ein Mittel der Abwehr! Nach Seerecht genießen Handelschiffe überall Hafentfreiheit: Auch Kriegsfahrzeuge darf das Land von Neutralen nicht verwehrt werden. Nur müssen sie den Hafen binnen vierundzwanzig Stunden wieder verlassen. Unterseeboote sind Kriegsfahrzeuge und sie brauchen den Stützpunkt neutraler oder heimatischer Häfen noch mehr als Kreuzer und Schlachtschiffe. Amerika hat sich beim Austritte deutscher U-Boote durch eine kleine — Streckung des Völkerrechtes geholfen. Küstengewässer, das noch als Staatsterritorium gilt, erstreckte sich bisher nur

auf Kanonenschußweite vom Lande; außerhalb dieses Bereiches war freies, herrenloses Meer. Amerika dehnte die Küstenzone auf vielen Meilen aus. Hübsch viele Schritte vom Ufer, dort müßt ihr euch halten. Norwegen griff zu einer anderen Streckung: es verbot Unterseebooten das Land überhaupt, einerlei, wenn sie gehören, und entzog so den deutschen Unterseebooten die Stützpunkte. Das scheint noch immer neutral, ist aber praktisch doch nur eine Maßregel gegen Deutschland. Und Deutschland erhebt den schärfsten Einspruch!

Man muß hoffen, daß man wieder irgend eine Formel findet, durch die das Neutrale verhindert wird. Sie wird den Krieg ersparen, aber sie wird die Lage Norwegens nur abermals verschlimmern. Denn jedes Entgegenkommen an Deutschland wird England ahnden, jede weitere Maßregel Englands wird Deutschland nach der furchtbaren Logik des Krieges vergelten. In beiden Fällen wird Norwegens Wirtschaft und Volk die Beute zu zahlen haben, um sich vom Kriege der Waffen durch den bloßen Wirtschaftskrieg loszukaufen. Wohin diese Verwicklungen bei längerer Dauer des Weltkrieges treiben, ist nicht abzusehen.

Kriegsnachrichten

Hindenburg zur Kriegslage.

Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Mitarbeiters Dr. Paul Goldmann mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg und mit General Ludendorff. Auf die Frage nach der Kriegslage erwiderte Hindenburg: Es steht so günstig als nur möglich und alles wird weiter gut gehen. Ueber die Dauer des Krieges sagte der Generalfeldmarschall: Das hängt von unseren Gegnern ab. Es ist möglich, daß das Jahr 1917 die entscheidenden Kämpfe bringt. Ich weiß nur, daß wir den Krieg durchkämpfen werden bis zur Entscheidung. Und General Ludendorff fügte hinzu: Wir denken nicht an Frieden, wir sind entschlossen, den Krieg weiter zu führen. Auf den Hinweis, daß in Oesterreich-Ungarn die Stimmung gut ist, daß aber doch das Ende des Krieges herbeigeehrt wird, erklärte Hindenburg: Das kann ich wohl verstehen, das Ende des Krieges wünschen wir alle und das österreichisch-ungarische Volk hat in diesem Kriege seine volle Pflicht getan, aber noch ist die Zeit der Erfüllung nicht gekommen, noch müssen neue Opfer gebracht werden, damit die bisherigen nicht vergeblich seien. Ludendorff fügte hinzu: Sagen Sie Ihren Freunden in Oesterreich, daß es nur ein Mittel gibt, den Krieg abzukürzen, der feste Wille, ihn siegreich zu beenden. Jeder einzelne, ob Soldat oder nicht Soldat, muß sich durch Tat oder Befinnung in den Dienst des Krieges stellen.

Am weiteren Verlauf der Unterredung äußerte Hindenburg:

„Dafür, daß die russischen Majnen sich erschöpfen, sorgen vor allem die russischen Heerführer. Wir haben uns vor der großen Zahl der Russen niemals gefürchtet, wir kennen keine Uebermacht.“

Ludendorff erklärte: „Uebermacht und Gefahr existieren nur für den Schwachen, ein fester Wille schafft sich sein Schicksal selber. Es gibt kein Verhängnis.“ Hindenburg wies dann weiter darauf hin, daß die Zeit des Munitionsreichtums in Rußland jetzt bereits vorüber sei, und daß das bevorstehende Zufrieren der Häfen von Archangelsk und Wladimirost die Auffüllung der Bestände noch schwieriger machen werde. Eine Anspielung auf die vielfach verbreitete Meinung, es sei Hindenburgs Programm, den Krieg nur im Osten zu beenden, beantwortete dieser mit der Erklärung, daß die Entscheidung ebensowohl im Osten wie im Westen gesucht werden könne, je nachdem die Ereignisse da oder dort günstige Vorbedingungen für sich schaffen.

„Von einer Verkürzung der Westfront kann nicht die Rede sein“, so führte der Generalfeldmarschall dann weiter aus. „Unsere Front im Westen steht bombenfest, und wenn auch die Gegner mit ihrem riesigen Aufwand von Artillerie und Munition hier und da ein wenig Boden gewinnen, durch kommen sie nie, sie können noch 30 Jahre angreifen, wenn sie Menschen genug haben. Die Franzosen zeigen im gegenwärtigen Krieg eine große Fähigkeit, aber sie rotten sich selbst durch diese Kumpesweise aus, und auch ihre Fähigkeit wird ihnen nichts nützen, weil sie schließlich nicht mehr da sein werden. Das französische Volk denkt dieses Schicksal vor allem den Engländern; wenn die Engländer im Frühjahr eine neue Offensive in demselben Stil verlangen, so werden sie Frankreich um den Rest seines Heeres und damit seiner Volkskraft bringen. An dem Urteil über den Wert der militärischen Leistungen Englands wird auch dieser Krieg wenig ändern, namentlich die großen englischen Strategen sind auch diesmal ausgeblieben.“

Ueber Rumänien sagte Hindenburg: „Die Rumänen gehen zurück und bekommen ihren Jahrtag. Ich habe ihr Losgehen begrüßt, denn so sind wir aus dem Stellungskrieg herausgekommen und konnten endlich wieder einmal zu frischen, fröhlichen Operationen übergehen.“

Nach einer W. I. B.-Mitteilung aus Berlin ist Hauptmann Hilde im Verlauf eines Luftkampfes am 26. Oktober mit einem anderen Flugzeug...

Schweres Lob kommt wie ein Geschenk, das man lang und schwerlich vorausgesehen. Zu groß ist die Liste der Helden, die auf dem Mittelfriedhöfen ruhen oder draußen in freier Erde einen ehrenvollen Grabhügel gefunden haben...

Der Seekrieg

Das W. I. B. meldet am 23. Oktober: Das Unterseeboot „U. 33“ ist von seiner Unternehmung über den Atlantischen Ozean wohlbehalten in die Heimat zurückgekehrt...

Politische Rundschau

Gegen Schughaft und Jesuit

Nach dem Reichstag am 28., 30. und 31. Oktober Stellung. Am leidenschaftlichsten gestalteten sich die Verhandlungen über die Schughaft am 28. Oktober. Alle Redner wendeten sich, im Anschluß an die vom Genossen Dittmann...

Von links angreifen, von rechts verlassen — das war die Situation des 28. Oktober. Der Reichstag in Aufruhr gegen die Regierung. Das ist die Folge des unfähig törichten Versuchs, an Stelle eines freiwilligen Bürgerfriedens...

Die Regierung kann nicht regieren, denn sie hat keine Parteien, auf die sie sich stützt. Unter dem herrschenden System kann es ja überhaupt keine Regierungsparteien geben...

Und darum gibt es keine Partei, auf die sich die Regierung verlassen kann. Man hat ja auch das Märchen erzählt, daß die Sozialdemokraten eine Regierungspartei sei...

Selbst die Nationalliberalen, die doch bei eigenem geschichtlichen Bewußtsein dazu haben, sind keine richtige Regierungspartei mehr. Denn als Partei der Mitte geben sie doch nicht den Weg der Regierung...

Auf der rechten Seite wird man sagen: Bismarck hat den Reichstag aus der Hand verloren. Doch geben jetzt gar schon die Reichsten der Rechten den Ton an...

Aber mit dem letzten Wort sagen auch wir. Nur daß wir es anders verstehen. Statt durch das Verstreuen der Verantwortung auf das er sich retten kann...

Denn was nicht die Generale des Reichstags und die Bischöfe der lehrenden Stellen einen Systemwechsel bringen, er den Wünschen des Volkes entspricht, dann wird das nur am Sonntag im Reichstag erledigt haben...

Die Verhandlungen über die Jesuiten der Presse behaupten zwei Tagesblätter und zeigen die Parteien ebenfalls nicht einheitlich in der Beurteilung der Jesuiten. Leider kam es am 31. Oktober zur Verlesung des Genossen Ströbel...

Auf Antrag von Abgeordneten der Zentrumspartei hat der Reichshaushaltsausschuß des Reichstags am 27. Oktober...

Der Beschluß ist nicht als ein so ungeheurer Schritt gegen eine gute Bestimmung und gegen die Grundzüge eines konfessionell-neutralen Staatsmenschen...

Den Staat geht das religiöse oder nichtreligiöse Bekenntnis eines Bürgers nicht das allgeringste an. Nach meiner Auffassung hätte jeder Staatsbürger das Recht...

Wenn die in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen ohne Unterschied der Konfession die Aufgabe ihres Bekenntnisses einfach verweigern würden, so wäre das eigentlich nur selbstverständlich...

Der Beschluß der Budgetkommission wird nun freilich damit begründet, daß durch die Erhebung „eine weit im Volke verbreitete Meinung“ widerlegt werden soll...

Der Beschluß der Budgetkommission ist aber auch wirklich nicht als Ausnahme zum Schutze der Juden gegen antisemitische Hege gedacht, vielmehr kommt er den Gedankengängen der Herren...

Daß er überhaupt gefaßt werden konnte, ist ein interessantes Symptom. Schon jetzt zeigt sich ganz deutlich, daß nach dem Kriege zwei große Richtungen in die Herrschaft im Innern kämpfen werden...

Diesem Zweck dient die antisemitische Bewegung, die sich an allen Ecken und Enden hervorwagt und die in dem erwähnten Beschluß der Budgetkommission überraschend früh ihren ersten prinzipiellen Sieg verzeichnen darf.

Dener Beschluß ist im höchsten Grade parteiisch. Wenn man schon Juden zählen will, so soll man sie doch nicht nur in den Kriegsgesellschaften zählen...

Wir Sozialdemokraten stehen unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß der Staat unsoziale Erscheinungen zu bekämpfen hat, gleichgültig von wem sie ausgehen...

Der Beschluß der Budgetkommission ist in jeder Beziehung falsch und abwegig, ja er ist geradezu eine Schande. Oder wollte man wirklich die Neuorientierung damit beginnen...

Auf alle Fälle: hier handelt es sich um Zeichen der Zeit, auf die rechtzeitig hinzuweisen, vor deren Folgen nachdrücklich zu warnen mit Pflicht erscheint.

Der Vorwärts untersucht den Beschluß des Reichshaushaltsausschusses auf seine rechtliche Grundlage hin. „Hat“ trägt das Blatt. „Denn der Staat ein Recht, nach der Religion zu unterscheiden?“

„Für Preußen antwortet das nach dieser Richtung noch gültige Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten“

§ 4. Niemand soll wegen seiner Religionsmeinung beunruhigt zur Rechtschaffenheit gezogen, verhaftet oder gar verfolgt werden.

§ 5. Auch der Staat kann von einem einzelnen Unterthan die Aufgabe zu welcher Religionspartei sich derselbe bekennet, nur absondern fordern, wenn die Recht und Gerechtigkeit gewisser bürgerlicher Handlungen davon abhängt.

§ 6. Jemand kann nicht ohne sein eigenes Einverständnis seine Religion wechseln. Die Folgen für den Wechsel sind durch Gesetz zu bestimmen.

„Über jeden Zweifel erhaben ist demnach“ schreibt der Vorwärts „das Recht des einzelnen, die Antwort auf die Frage nach seiner Religion abzulehnen.“

Der Berichterstatter der National-Zeitung „Emmerich“ hat eine Unterredung mit dem dänischen Minister, Genossen Stanning, in deren Verlauf auch auf die Haltung der deutschen und französischen Sozialisten die Rede kam...

Praktische Friedensförderung

Das Organ der französischen Sozialisten, die Humanité, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 15. Oktober einen Artikel von Pierre Renaudel, der sich heftig gegen die Friedensreden Scheidemanns und Davids im Reichstag wendet...

Renaudel erklärt dagegen, daß man mit einem Feinde, der im Lande steht, nicht unterhandelt, und er spricht die Heberzeugung aus, daß die Befreiung Frankreichs und Belgiens von den Verpflichtungen der deutschen Sozialisten nicht abhängig sei...

Im aber die Erklärungen Scheidemanns und Davids den französischen Arbeitern verdächtig zu machen, beruft sich Renaudel auf die — Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, indem er höhnisch schreibt:

„Das Anglück ist, daß wir den Scheidemann und David nicht mehr Vertrauen zu schenken haben, als es ihnen die Minderheitsvertreter in der deutschen Sozialdemokratie, die von der Arbeitsgemeinschaft, schenken.“

Hier wird also die Haltung der Arbeitsgemeinschaft — gewiß sehr gegen ihren Willen — dazu gebraucht, die sozialistische Politik der Verständigung zu bekämpfen und den Krieg bis ans Ende zu predigen. Es zeigt sich also die von uns immer befürchtete Wirkung: statt für die Verständigung der Sozialisten zu wirken...

Und dabei steht doch die Arbeitsgemeinschaft mit uns auf dem Boden der Landesverteidigung: sie will nicht die Niederlage Deutschlands und den Rückfall Elsaß-Lothringens an Frankreich, wie sie Renaudel will. Hält die Arbeitsgemeinschaft angesichts der Haltung Renaudels das Aussprechen der Selbstverständlichkeit, daß sich auch die Deutschen ihrer Haut wehren müssen...

Sozialdemokratische Forderungen für die Kriegsteilnehmer

Am Montag wurden im Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt die Heeresverhältnisse besprochen. Abg. Stücken begründete die folgenden Anträge der Sozialdemokraten: den Reichskanzler zu ersuchen, „für alle in Feindesland stehenden Mannschaften die Löhnung auf 80 Pf. den Tag, für alle im Inlande befindlichen Mannschaften auf 50 Pfennig den Tag festzusetzen...“

Danziger Nachrichten

Spätherbst.

Einzelne Blätter hängen noch müde und weilt an den Ästen und zwischen den Stämmen schließt graues Ungewitter nasse Schleier über die modernende Decke aus Laub. Ein Feldweg, zerfahren und tief gederkt, kommt aus dem Nebel und wird wieder von ihm verschlungen. Gerade führt er durch Felder und Wiesen in ein Dorf, in ein Gut. Wer weiß es. Die Welt ringsum ist eingehüllt in Nebel. Das Bellen eines Hundes dringt aus dem Grauen, ein Wagen rollt in der Ferne. Zur Linken rauschen Erlen einen traurigen Sang.

Der Herbst ist schon wieder im Verglehen. Ueber das leuchtende Rot in den Eichen, über die sprühende Buntheit der Büsche ist trübes Grau gezogen. Es ist nichts mehr da von dem farbenfrohen Glanze des vergehenden Lebens draußen, nichts mehr von der Blut des letzten Aufstehens. Einsamkeit, Stille und trübes Sinnen. Es könnte ein Trost sein, in dieser grauen Ruhe zu wandern, ganz allein und fernab des Tageskampfes. Aber wir können dem Leid unserer Tage nicht entfliehen. Es folgt überallhin und es folgt jedem. Es ist bei uns und treibt uns vorwärts in Unruhe und Hast — auch hier, weit entfernt vom Donner der Geschütze. Der Krieg, der große Verderber, hat den Menschen auch den Trost genommen, der sich im ruhevollen Wandern durch Wald und Fluß zu uns gesellt. Auch er ist dahin.

Dreimal Herbst, dreimal Vergehen und die Schönheit des Bergehens. Zum dritten Male klopfte der Winter an die Tür in der Kriegsnot. Raun niemals haben Sommer und Herbst mit ihren Gaben den Menschen so wenig Freude gebracht, wie in diesen Jahren und niemals wurde der Winter so gefürchtet. Und von den Herbstzeiten des Krieges ist die dritte am freudlossten. Die Menschen, die seit Wochen an freien Sonntagen aus der Großstadt durch den bunten Herbst wanderten, sahen gewiß nichts von der Schönheit in Wiesen und Wäldern. Der Krieg hat alle Freude getötet.

Es will sich im nebelumhüllten Lande des Spätherbstes kein Ausblick in helle Fernen öffnen. Auf gelbe Blätter fallen leise Tropfen. Ein Blatt schwebt hernieder ins Graue. Wir schreiten im Kalten. Nassen. Mit unserm Schreiten läuft nicht gefellig und froh der Schall der Tritte. Wir hoffen nicht, daß es bald hell werde. Nur ganz leise regt sich tief im Herzen ein zager Wunsch. Und eine Erinnerung will sprechen von Sonnen, Leben und Frieden.

Unsere Buchhandlung

hat stets zu Geschenken geeignete Werke und Bücher vorrätig. Frühzeitige Bestellungen ermöglichen die beste Auswahl. Dann entstehen auch keine Schwierigkeiten für den Bezug solcher Werke, die nicht am Lager sind und von auswärts beschafft werden müssen. Wir weisen auch wieder auf die ratenweise Bezahlung des Kaufpreises hin. Sie erleichtert die Anschaffung guter Bücher in der zweckmäßigsten Weise. Jede Auskunft darüber wird in der Buchhandlung gern erteilt.

Stadttheater

Sonnabend, den 4. November, gelangt der I. und II. Teil der Wallenstein-Trilogie „Wallensteins Lager“, „Die Piccolomini“, zur Wiederholung.

Am Sonntag kommt, neu einstudiert, „Die Fledermaus“ zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Boff, Baumann und v. Czarlinska, die Herren: Seybold, Hofmüller und Trebe.

Sonntag nachmittag zu ermäßigten Preisen „Hanses Tochter“.

In mein Weib!

O Frauenherz, sei stark
In dieser Zeit der Not,
Wenn auch dein stilles Glück
Kings von Gefahr bedroht.
Es ist des Weibes Los
Zu tragen heiligen Schmerz,
Was dir auch mög' geschehn,
Sei stark, du Frauenherz,
Heilig war uns die Liebe,
Heilig, was ihr entsproß,
Heilig des Herzens Gefühle,
Heilig der Lebensgenuß.
Heilig soll uns auch bleiben
Stets die Erinnerung
An vergangene Zeiten,
Nacht einst die Trennungstunde!
Du suchst mich auf in meinen Träumen,
Du bist um mich bei jedem Schritt,
Das kommt, weil ich bei meinem Scheiden
Nahm deine ganze Liebe mit.

Danziger Stadttheater

Ein Volksfeind.

Schauspiel von Ibsen.

Als erstes Drama des großen Norwegers wurde Montag sein Schauspiel Ein Volksfeind gegeben. Das Stück ist im Jahre 1882 entstanden. Man kann schon heute behaupten, daß es zu den wenigen Werken des neueren Dramas gehört, die durch ihre vollendete Form und den Inhalt Jahrzehnte überdauern werden.

Das Stück schildert den Kampf des Badearztes Dr. Stockmann für seine Ueberzeugung. Er hat festgestellt, daß das Bad verseucht ist und eine Gefahr für Leben und Gesundheit

Montag, den 6. cr., gelangt eine Lustspiel-Neuheit „Die rätselhafte Frau“ von Reinert, in der Titelrolle mit Fräulein Cassella, zur Darstellung.

Dienstag, den 7. November, neu einstudiert, „Martha“.

Dieses Familienvorstellungen

Ein gediegenes Programm ist seit 1. November von Herrn Direktor Dinse wiederum im Jungstädtischen Gesellschaftshaus aufgestellt, welches großen Beifall findet. Außer der urkomischen Posse „Clotilde, die böse Schwiegermutter“, in der Direktor Dinse die Titelrolle vorzüglich spielt, treten Künstler und Künstlerinnen mit neuen Vorträgen auf. Am nächsten Sonntag finden wieder zwei große Vorstellungen statt. Die Nachmittagsvorstellung beginnt um 4 Uhr, die abendliche um 8 Uhr.

Arbeiter-Gesangverein Sängereuz.

Der von dem rührig fortschreitenden Verein am letzten Sonntag im Bürgergarten veranstaltete Unterhaltungsabend war außerordentlich stark besucht. Und wohl kein Besucher hat sein Interesse bereuen brauchen. Das Programm bot Vieles und fast durchweg Gutes. Bei der Musik wurden unsere Wünsche aber nicht erfüllt. Die Chorgefänge wurden unter der sichern Leitung des Herrn Hanke, dem dafür Anerkennung gebührt, gut vorgetragen. Am besten wirkte der Gesang der Frauenabteilung. Die tieferen Stimmen werden sich aber den andern wohl noch etwas besser anpassen müssen. Die Leistungen des Frauenchors sind sonst wegen der verhältnismäßig kurzen Dauer seines Bestehens und der dadurch bedingten beschränkten Schulung umso löblicher. Reichhaltig waren auch die Darbietungen der Liebhaberbühne. Eine besonders hübsche Leistung war das einaktige Lustspiel Die verfolgte Unschuld. Die Darsteller der Hauptrollen zeichneten sich durch sicheres ihren Aufgaben vorzüglich angepaßtes Spiel aus. Auch der Soldatenschwank Eine Einquartierung in Spreewalde verdiente mit Recht den stürmischen Beifall, den seine Darsteller ernteten. Den Abschluß des sehr angenehm verlaufenen Unterhaltungsabends bildeten Vorträge eines Berufsstüftlers als Schlangengemessen.

Unsere Arbeiterfänger haben durch diese Veranstaltung tüchtiges und ernstes Streben bewiesen. Ihre Mühe ist auch finanziell belohnt worden. Aus dem erzielten Uberschuß sollen den im Felde stehenden Sangesgenossen Liebesgaben mit Rauchwaren gesandt werden.

Im Anschluß hieran weisen wir gerr darauf hin, daß die Uebungsstunden der Frauenabteilung an jedem Dienstag, die der Männerabteilung an jedem Mittwoch von 8 Uhr abends im Restaurant Sönner in der Tischlergasse stattfinden.

* **Unpfändbarkeit des Gehalts.** Der Krieg hat für alle Lebensbedürfnisse eine erhebliche Teuerung gebracht, namentlich wird die Steigerung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel fühlbar. In Erkenntnis dessen hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen, die sich mit der Beschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen befaßt. Wie allgemein bekannt, befaßt das Gesetz dem Schuldner von seinem Lohn, Gehalt oder von der Pension einen Mindestbetrag von 1500 Mark für das Jahr, der unpfändbar ist. Seit längerer Zeit haben die Privatangeestellten und Beamten dahin zu wirken gesucht, daß die Grenze der Pfändbarkeit hinaufgesetzt würde, da die der Pfändung nach dem Gesetz nicht unterworfenen Summe nicht mehr zur Bestreitung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichte. Die Verordnung setzt die Summe des einer Pfändung nicht unterworfenen Gehalts usw. mit Rücksicht auf die Teuerung auf 2000 Mark fest. Diese Verordnung gilt aber nur für die Dauer des Krieges

Nächstenliebe?

Es wird uns geschrieben: Zeugen eines besonderen Vorfalles, wie er gerade jetzt nicht vorkommen sollte, wurden am vergangenen Sonntag einige Danziger Naturfreunde in Oliva zwischen 11 und 12 Uhr mittags.

In der Nähe des Bilderwegs, durch leises Wimmern aufmerksam gemacht, fanden sie ein junges Mädchen von 15 bis 16 Jahren in einer äußerst bedauernswerten Lage an. Das junge Menschlein hatte, wie sie erfuhren, das Elternhaus verlassen und irrte seit einigen Tagen ohne Nahrung im Walde umher. Das Mädchen, das nur dürftig bekleidet war und wegen erfrorener Füße nicht gehen konnte, hatte sich mit ihrem Mantel zugedeckt. Alle Kleidungsstücke waren vollkommen durchnäßt. Gemeinsam mit einem ihnen fremden Herrn B. aus Danzig trugen sie das junge Mädchen nach Oliva, um es bis zur Ueberführung ins Danziger Lazarett bei den grauen Schwestern unterzubringen. Ein Herr P. aus Oliva eilte voraus, die Schwestern zu verständigen. Wer aber glaubt, daß diese die Pflicht der Bietät, die ihnen etwas ganz selbstverständliches sein sollte, erfüllen und das junge Mädchen aufnehmen würden, wurde durch das Verhalten der Oberin eines besseren belehrt. Diese Dame fragte Herrn P., nachdem sie vorher einer jungen Schwester, die bereits mitgehen wollte, unterlag hatte, sich an dem Rettungswerke zu beteiligen, wie er dazu käme, hierher zu kommen? Sie meinte, solche Hilfe sei Aufgabe der Polizei. Dann lehnte sie die Aufnahme ausdrücklich ab, behauptete auch, kein Fuhrwerk zu haben. Ihr wurde erwidert, daß es eines Fuhrwerks gar nicht bedürfe, weil die Kranke bereits von freiwilligen Helfern hergetragen würde. Trotzdem blieb die Oberin in wenig freundlicher Form bei der Weigerung. Die weiteren Einwendungen des Herrn P., der den großen Ernst des Falles betonte, hatten nur den Erfolg, daß die Dame bei der Ablehnung verharrte. Wir können nicht glauben, daß es der Leiterin etwa nur um die Sonntagsruhe zu tun war. Um so ernster ist die Frage, weshalb einer hilflosen Kranken gerade von dieser Stelle Schutz und Hilfe verweigert werden mußten?

Nächstenliebe muß, wenn sie gelten soll, nicht gesprochen, sondern betätigt werden. Im vorliegenden Falle war zu helfen jedes Menschen Pflicht! Das hier gezeigte Verhalten kann wohl nur ein Urteil herausfordern.

Als die Gattin des evangelischen Pfarrers Otto in Oliva von dem Unglück erfuhr, kam sie den Helfern sofort entgegen und bat, das junge Mädchen einzuweisen bei sich aufnehmen zu dürfen. Sie stellte gleich ein Zimmer mit Bett zur Verfügung und sandte zur Gemeinbeschwestern. Inzwischen suchte sie selber gemeinsam mit der Gattin des erwähnten Danziger Herrn B. die Leiden des unglücklichen Mädchens zu lindern. Diese Hilfsfreudigkeit wirkte im Gegensatz zu den vorher gemachten Erfahrungen um so hochherziger. Der hinzugezogene Arzt stellte als Ursache der Leiden der Schmerkranken „Verhungert und erfroren“ fest. Sie soll zwölf Tage im Walde umhergeirrt sein.

Die Konsumgenossenschaft für Danzig und Umgegend

hielt am letzten Sonntag im Bildungsvereinshaus ihre Generalversammlung ab. Der gedruckt vorgelegte Geschäftsbericht für das vierte vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 laufende Geschäftsjahr stellte eine recht günstige Entwicklung des Vereins fest. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich von 1364 auf 1432. Der Umsatz in den eigenen Verkaufsstellen hob sich um 48 480 Mark auf insgesamt 179 342 Mark. Davon entfielen auf die Danziger Verkaufsstelle in der Tischlergasse 103 236 Mark und auf die in Langfuhr, Brumshöfenweg, 76 106 Mark. Außerdem sind noch 3085 Mark im Lieferantengeschäft umgesetzt. Es wurde ein Uberschuß von 11 203, 78 Mark erzielt. Nach dem Vorschlage der Verwaltung sollen 7297,08 Mark als 4 Prozent Rückgewähr an die Mitglieder verteilt werden. 1253,50 Mark sollen als gesonderte Rücklage und 1700 Mark als besondere Rücklage

der Bürger und Aurgäste bedeutet. Sein älterer Bruder, Peter Stockmann, der dort als Bürgermeister und Badedirektor amtiert, widersteht sich seinen Plänen. Er fürchtet, daß seine „Autorität“ leiden würde, wenn man erführe, daß die Badeanlagen verfehrt errichtet wurden. Maßnahmen der Behörden dürfen nach seiner Meinung nicht kritisiert werden. Das Publikum soll nicht mit neuen Ideen aufrührig gemacht werden. Dr. Stockmann will sich aber nicht durch den Bruder von der Veröffentlichung seiner Ansicht im liberalen Volksboten abhalten lassen. Er glaubt an die Ueberzeugungstreue der liberalen Redakteure und erhofft Unterstützung durch den Buchdruckereibesitzer Thomsen, der erklärte, daß die kompakte Majorität der Bürgerschaft hinter ihm stehe. Bald aber wendet sich letzterer von ihm ab. Als Vorsitzender des Hausbesitzervereins ist er ein sehr vorsichtiger Mann, der nur für eine „maßvolle Opposition“ eintritt. „Na, wenn es die lokalen Machthaber sind, bin ich furchtsam, das habe ich in der Schule der Erfahrung gelernt. In der großen Politik gegen die Regierung bin ich nicht furchtsam — aber die lokalen Behörden könnten genügt werden und dann käme der Unverstand aus Kuder zum Schaden der Hausbesitzer.“ Auch die Redakteure ziehen sich zurück. Nun steht überall der Kampf gegen den unbeeuglichen Freund der Wahrheit ein. In einer Volksversammlung wird er für einen Volksfeind erklärt; die Menge wirft ihm die Fenster ein. Sein Stellung und seine Wohnung wird gekündigt. Von den Wohlhabenden wird es als Arzt boykottiert. Aber dennoch bleibt er seiner Ueberzeugung treu und will den Kampf fortführen. Als Arzt der Armen will er weiter wirken. Auf die Unterstützung durch die liberalen „Phraendrescher“ und die kompakte Majorität der Bürgerschaft verzichtet er. „Der Mann ist am stärksten, der am einsamsten steht.“

Das Drama übt eine starke Wirkung, weil die Verhältnisse häufig so sind, wie in der kleinen norwegischen Küstenstadt. Auch für uns Danziger klingen manche Worte des „Bürgermeisters“ ganz vertraut. Wunderbar ist auch die tiefe

Symbolik des Stückes. Führt doch Dr. Stockmann nicht nur den Kampf gegen verpestete Badegewässer, sondern auch gegen Unwahrheit und Heuchelei.

Die Ausführung war gut. Eine prächtige Gestalt bot H. Werble als Dr. Stockmann. Ueberzeugend wirkte er den Wahrheitskämpfer und Idealisten darzustellen. Eine feindurchdrachte Leistung war der Bürgermeister des Herrn Hubermann. Die Herren Henry und Lerch als Redakteure, Trebe als Buchdruckereibesitzer Thomsen, Linke-Bibau als Gerbermeister und Eise-Schlösser als Stockmanns Gattin zeichneten sich ebenso aus. Die Volksversammlung wurde lebhaft dargestellt. Für die Spielleitung gebührt Herrn S. Haag Lob.

Der Erfinder der „Zehner-Zeit“

Joseph Moder, ist am 17. Juli zu Ludwigschafen am Rhein, 91 Jahre alt, gestorben. Dem unermüdbaren Vorkämpfer eines neuen Zeitsystems widmen die „Astronomischen Nachrichten“ einen Nachruf. Joseph Moder hat sein langes, vom Sonnenschein des Glückes wenig begünstigtes Leben ausschließlich der Verbesserung unserer Zeiteinteilung gewidmet. An Stelle der heutigen, von den Babyloniern übernommenen unständlichen Rechnung nach dem 12- und 60-System schuf er sein Zehner-System und teilte zu diesem Zweck den Tag in zehn Stunden, die Stunde in 100 Minuten, die Minute in 100 Sekunden, so daß der Tag 100 000 Sekunden umfaßt, zum Unterschied von den 86 400 der gebräuchlichen Einteilung. Moder wandte dieses Zeitsystem auf alle in Betracht kommenden Alltagsverhältnisse an und schrieb zahlreiche Aufsätze darüber. Auch eine Zehnerzeit-Uhr konstruierte er. Die Anerkennung wissenschaftlicher Autoritäten der Astronomie und der Uhrmacherschaft blieb nicht aus. Trotzdem war es ihm doch nicht vergönnt, die Einführung seiner einschneidenden Zeitreform angebahnt zu sehen.

angehämelt werden. Der Rest von 553,20 Mark soll auf die neue Rechnung übertragen werden. In den Entscheidungen, die der Geschäftsführer Rißke gab, schilderte er hauptsächlich die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Waren. Ohne Debatte stimmte die Versammlung der Verteilung des Uberschusses nach dem Antrage der Verwaltung einstimmig zu.

Danzigs Wohnungsnot

Il seit Menschenalter ein freudiges, leider sehr trübes Kapitel. Bei der letzten Wohnungsaufnahme des Magistrats stellte dieser fest, daß 15 000 Personen hier in überfüllten Wohnungen hausen müssen. Dabei ist diese unbillige Föhlung die Ueberfüllung nur dann golden, wenn mehr als fünf Personen auf ein Zimmer entfallen. Die Ursachen dieser Zustände lassen sich unmöglich so trost, wie sie sind, darstellen. Der Stadtverordnete, Sanitätsrat Dr. Vievin hat sich im Frieden in der Stadterordnetenversammlung mit der gesundheitlichen Seite dieser Frage beschäftigt. Dabei stellte er fest, daß im Gesamtdurchschnitt des städtischen Gebietes von 10 000 Einwohnern jährlich 26,1 sterben. In der am dichtesten bewölkerten Altkolonie sind es aber 33,4! Diese Ziffern geben außerordentlich viel zu denken. Obwohl die Verhältnisse sich nicht besserten, daß aber noch um vieles unangünstiger wurden. Ist von einer umfassenden städtischen Wohnungsfürsorge durch den Bau moderner Wohnhäuser nichts zu merken. Dabei ist man in der Stadterwaltung über das Bestehen der Wohnungsnot durchaus unterrichtet. Der Magistrat beantragte bei der am 31. Oktober stattgefundenen Stadterordnetenversammlung die Bewilligung von 75 000 Mark zur Errichtung eines Arbeiterwohnbaus für das städtische Elektrizitätswerk mit zwölf Wohnungen. Gegen den Bau wendete sich in der Hauptsache Stadtbauer, der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins. Vornehmlich befürchtete er Mangel an Arbeitskräften und Ueberfüllung der Baualtäre. Ihm traten die Stadtv. Ehm und Gell zur Seite. Ersterer beantragte die — Verlegung und Gell die Erhöhung der Baukosten auf 100 000 Mark! Oberbürgermeister Scholz erklärte gegen Bauen, daß er von ihm immer nur das Beste gehört habe. Offen erklärte Scholz, daß es gar keinem Zweifel unterliege, daß in Danzig eine schwere Wohnungsnot bestehe. Die Einwohnerzahl sei von 196 000 vor dem Kriege auf 215 000 gestiegen. Die Vermehrung erfolgte sich vorwiegend auf die Kreise, die auf Kleinwohnungen angewiesen seien. Stadtv. Borchardt ergänzte diese Nachweise durch die unglücklich klingende Mitteilung, daß die Polierregal schon gezwungen sei, solche Wohnungen, die sie als zu gesundheitsschädlich geschlossen habe, wieder zur Unterbringung von Familien zu öffnen! So weit hat es die kommunale Ueberfüllung der bürgerlichen Parteien im Rathaus kommen lassen. Trotz aller bürgerlichen Einnützigkeit von der Stadterordnetenwahl her wendete Stadtv. Rißke sich in Worten Kritik gegen die Abnennung seiner Bundesfreunde Bauer und Ehm. Er sprach deutlich von den Verteilern der Mordung und Wohnung, sagte aber nichts von der bürgerlichen — Gemeinjamkeit! Der konservative Stadtv. Borchardt bemerkte, daß der Bau zu weit ausgeartet werden konnte und wünschte, daß private Arbeitgeber mehr Wohnungen für ihre Arbeiter bauen sollten. Was dieser räuberische Wunsch praktisch bedeutet, haben die Arbeiter der Schuppenwerft erfahren, als sie ihre gedrückten Verhältnisse durch eine Lohnbewegung verbessern wollten. Damals sprach sogar der irreführende Reichsanwaltschaftsbeamte Raumann öffentlich empört von einer „Wohnungskrise“, als die Betriebsleitung künftigen Arbeitern die Wohnungen entzog!

Die Magistratsvorlage wurde schließlich unter Ablehnung der ersten Vorzüge in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen drei Stimmen der Stadtv. Ehm, Groß und Schachtel angenommen.

Doch drei Stimmen dürften nicht für die einer gemäßigten, nachdrücklichen Wohnungsfürsorge wenig gereizten Stimmung vorzuziehen. Nicht einmal Stadtv. Bauer sprach sein Nein über bei der Abstimmung aus. Die Wohnungsnot ist aber nach den eigenen Darlegungen des Oberbürgermeisters so hart geworden, daß einige Betriebsleitungen nicht mehr als Mittel zur Besserung angesehen werden können. Dem die von Angabe des Oberbürgermeisters im Bau beabsichtigte 145 Kleinwohnungen sind keine wirkliche Hilfe. Selbst im Sommer, als man sich auf die Schaffung der notwendigen Räume sondern, mindestens ebenfalls auf den Schutz der Einwohner als Mieter an. Frühere Ueberlegungen wachen sich jetzt so lebhaft bemerkbar, daß man sich nicht weigern möchte, die im Sommer die Wohnungsfürsorge und der von rühmlichen Arbeiter sollen sich nun immer herausziehen. Über leider hat Danzig so viel mal einmal ein Preisverfallgebet, das sich erdewürdig stellen als war möglich, ansetzen hat.

Rübenblätter als Gemüse.

Es werden von mehreren Stellen folgende Bemerkungen gemacht: Dieser ungenutzte Restteil der Rübenblätter ist in großer Menge vorhanden und werden im Sommer vor dem Wegwerfen durch die Arbeiter nicht zu unterlassen. Die von rühmlichen Arbeiter an Gemüse darf ein in so großen Mengen vorhandenes Nahrungsmitel nicht unbenutzt bleiben. Der Landwirtsch. Rat es an Arbeitern, die sich wichtiger für den menschlichen Genuss bezaubert auf der Arbeit zu erweisen. Es ist daher ratsam, daß die Schuljugend in den Schulen die Arbeit übernehme und an einem Tag die Rübenblätter abhebt, mit Köpfe und Blättern vermischt die im Sommer Rübenblätter verkauft. Es werden die gepulvert und als Gemüse finden die im Sommer Rübenblätter. Dieser ungenutzte Restteil der Rübenblätter ist in großer Menge vorhanden und werden im Sommer vor dem Wegwerfen durch die Arbeiter nicht zu unterlassen. Die von rühmlichen Arbeiter an Gemüse darf ein in so großen Mengen vorhandenes Nahrungsmitel nicht unbenutzt bleiben. Der Landwirtsch. Rat es an Arbeitern, die sich wichtiger für den menschlichen Genuss bezaubert auf der Arbeit zu erweisen. Es ist daher ratsam, daß die Schuljugend in den Schulen die Arbeit übernehme und an einem Tag die Rübenblätter abhebt, mit Köpfe und Blättern vermischt die im Sommer Rübenblätter verkauft. Es werden die gepulvert und als Gemüse finden die im Sommer Rübenblätter.

Zum Fleischverkauf.

Die am 31. Oktober abgehaltene Sitzung der Stadterordneten beschäftigte sich auch mit Eingaben eines Fleischermeisters und einer Fleischerfrau, die sich darüber beschwerten, daß sie nicht mehr zum Fleischverkauf zugelassen würden. Magistratsassessor Dr. Jochlin antwortete darauf und machte dabei bisher noch nicht bekannte Angaben, die von allgemeinem Interesse sind. Danach wird den Fleischermeistern usw. auf die wöchentlich gelieferte Menge von 3 bis 4 Zentnern Fleisch eine Ausgleichsmenge von 10 bis 15 Prozent unentgeltlich geliefert. Danach werden auf das genannte Quantum also 30 bis 60 Pfund, im Durchschnitt etwa 45 Pfund unentgeltlich geliefert. Zum Preise von 2,70 Mark pro Pfund würde die Vergünstigung für 45 Pfund 121,50 Mark wöchentlich betragen. Diese Menge erscheint auf jeden Fall sehr hoch. Schließlich dürfte wohl auch mit 5 Prozent auszukommen sein.

Zu den Eingaben erklärte schließlich Oberbürgermeister Scholz, daß die infolge der Neuordnung ausgeschalteten kleineren Gewerbetreibenden soweit als möglich in städtischen Betrieben beschäftigt werden würden.

Umkaufl von Zwischenscheinen der Kriegsanleihe.

Das Reichsbankdirektorium macht durch die Anzeige in dieser Nummer darauf aufmerksam, daß die Zwischenscheine für 5prozentige Schuldverschreibungen und 4prozentige Schatzanweisungen der vierten Kriegsanleihe vom 6. November ab kostenfrei gegen endgültige Stücke mit Zinscheinen umgelauft werden können. Nähere Angaben enthält die heutige Bekanntmachung.

Die wichtigsten Änderungen der neuen Preisliste für Web-, Woll- und Strickwaren.

Uns wird geschrieben: Von jetzt ab sind unter anderem bezugscheinpflichtig: Seidenplattierte Strümpfe, Steppdecken, alle Kleider- und Schürzenstoffe, mit den unten angegebenen Ausnahmen, die gesamte fertige Herren-, Damen- und Kindergarderobe und Maßschneiderei, die gesamte Damen- und Herrenwäsche mit Ausnahme von Kragen, Manschetten, Vorlecken und Einläsen, die Säuglingswäsche, Wäsche, alle Taschentücher mit Ausnahme der mindestens zu 1/2 der Fläche aus Spitzen bestehenden, die getragenen Kleidungsstücke.

Dagegen werden bezugscheinfrei unter anderem: Velnets, baumwollene Stickerstoffe, baumwollene gewebte oder gewirkte Spitzenstoffe, baumwollene glatt oder gemusterte, gewebte undichte Kleiderstoffe und baumwollene bedruckte undichte Kleiderstoffe, sowie alle ausschließlich aus der vorgenannten Stoffen hergestellte Gegenstände; ferner imitierte Belgarnituren aus baumwollenem oder wollenem Blüsch, Krimmer oder Nitrachan. Alle Gegenstände, deren Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 Mark für das Stück beträgt, mit Ausnahme von Strümpfen, Handtüchern, Taschentüchern und Scheuertüchern; Stoffe nur bis zu Längen von 30 cm, sofern der Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 Mark beträgt; in beiden Fällen darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als ein Stück derselben Ware veräußert werden.

Die Gewichtsgrenzen für bezugscheinfreie Strümpfe und Socken sind herabgesetzt worden.

Bezugscheinfrei bleiben unter anderem Stoffe aus Natur- und Kunstseide und halbselbstene Stoffe sowie alle ausschließlich aus solchen Stoffen hergestellte Gegenstände.

Aus Westpreußen

Elbing. Die Altschifferei hat begonnen. Diese dauert ziemlich solange, bis das Hoff zutrifft. Die Fische werden tagtäglich in großer Menge gefangen. Sie sind 3 bis 4 Zoll lang und 1/2 Zoll breit. Mit diesen Fischen wird ein hohes Geschäft getrieben. Es kommt dabei nicht auf die Größe, sondern auf die Schuppen an. Die Fische werden von vielen Frauen geschuppt und die Schuppen durch Wasser gereinigt. Dann werden sie in kleine Tonne verpackt und nach Labiau in Ostpreußen, Berlin usw. verbracht, wo die Schuppen nochmals gereinigt, getrocknet und zu Perlen verarbeitet werden. Die Schuppen haben Silberglanz. Dieser Glanz bleibt bei der weiteren Behandlung der Schuppen mit Ammoniak zurück und kommt als Silber in den Handel. Ungefähr 2000 Fische geben 1 Pfund.

Graudenz. Braunkohlenlager. Große Braunkohlenlager sind seit „Bel“ vor zwei Jahren im Kreise Graudenz in der Vordauer Gegend festgestellt worden. Das Ergebnis der Probebohrungen war sehr gut, und es wurden auch die betreffenden Grundstücke von einer Gesellschaft für den Erwerb angekauft, um einen richtigen Abbau der Braunkohle zu erzielen. Neuere Bohrungen ergaben ein noch günstigeres Resultat so daß zu hoffen ist, daß in absehbarer Zeit mit dem Förderbetrieb begonnen wird. Ein gutes Abgabebiet ist von vornherein als gesichert zu betrachten.

Preußisch-Stargard. Das verdächtige Pflaumenmus. Besonders Tsch auf ein Kaufmann R. aus Gersd, der in der letzten Zeit wiederholt versucht hat, Fleischwaren unter falscher Deklaration mit der Eisenbahn nach Berlin zu verladen. Als er kürzlich in Gersd ein Pack auf der Bahn ausgab, das „Curien“ erhalten sollte, stellte sich durch einen Zufall — das Pack wurde geöffnet und öffnete sich — heraus, daß es mit Schweinefleisch gefüllt war. Am Sonnabend vormittag erschienen nun auf dem Bahnhöfe in Königswitz zwei junge Leute und lieferten zwei gefüllte Heringsfässer auf. Als Inhalt war „Pflaumenmus“ angegeben. Bestimmungsort war Berlin. Abfahnder war „Döbmitz, jeweils in Schwarzwasser“. Dem Eisenbahnbeamten hat es auf, daß man Pflaumenmus in Heringsfässer verpackt hat, und da es in dieser Gegend jetzt keine Pflaumen mehr gibt, vermutete man eine falsche Inhaltsangabe und öffnete die Fässer. Und siehe, das Pflaumenmus verwandelte sich in immer Schweinefleisch. Es wurde noch festgestellt, daß der Name des Verkäufers auch falsch angegeben war und daß der richtige Verkäufer der Kaufmann R. aus Gersd ist. Der armen Bevölkerung von Königswitz und Schwarzwasser wurde durch den Generalkauf des hiesigen hiesigen Fleisches eine besondere Freude bereiten.

Aus der Partei

Der Vorwärts-Konflikt

hat es jetzt schon zu einer fünfzehnjährigen Broschüre der Redaktion gegen den „Gewaltstreik“ des Parteivorstandes gebracht, in der mit der bei jeder Streitigkeiten leider üblichen Rechthaberei nachzuweisen versucht wird, daß die anderen nicht recht haben. Es fehlt aber mancherlei in dem Büchlein. Erstens die Tatsache, daß die frühere Vorwärts-Redaktion dem Sozialdemokratischen Verein Teltow-Beestow, dem die Mitglieder des Parteivorstandes angehören, jede Antündigung und Mitteilung im Vorwärts verwehrte und das Blatt nur den Sparstufen offen hielt. Man trieb also die Mitglieder des Vorstandes resp. deren Wahlkreisorganisation aus ihrem eigenen Organ! Zweitens wurden sogar den im Felde gefallenen Genossen der Ehrenplatz in der Gedenktafel des Vorwärts gesperrt, wenn sie dem alten Wahlverein Teltow-Beestow angehörten, obgleich es doch noch gar keinen Streit gab, als sie hinausziehen mußten.

Wo die Gegenfälle einen solchen Grad erreichten, war das Vorgehen des Parteivorstandes nötig. Zu seiner Beurteilung darf man diese tieftraurigen Tatsachen nicht verschweigen.

Wir fragen: Was müssen die Genossen im Felde in ihren tausend bitteren Stunden denken, wenn sie von solchen Dingen hören!

Zur Vorwärts-Angelegenheit

Die Generalversammlung des Verbandes der Groß-Berliner Wahlvereine, die am Sonntag, den 29. Oktober, stattfand, nahm mit 212 Stimmen bei 338 Anwesenden einen Antrag an, vom 1. November an keine Abkommensgelder für den Vorwärts mehr zu entrichten, wenn der Parteivorstand seinen Einfluß auf den Vorwärts nicht aufgibt. Ein weitergehender Antrag auf sofortigen Boykott wurde gegen 106 Stimmen abgelehnt, ebenso wurde die Beitragsperre mit 266 gegen 65 Stimmen abgelehnt. Auf Antrag Hoffmann-Ledebour wurde beschlossen, daß kein Genosse, der an der Änderung der Zustände im Vorwärts beteiligt ist, eine Parteistellung, ein parlamentarisches Mandat oder sonst ein Ehrenamt erhalten darf. Mit 286 gegen 2 Stimmen wurde ein besonderer Aktionsauschuß gewählt, der alle Beschlüsse zur Vorwärtsfrage durchzuführen soll. Ein Antrag, sich mit andern oppositionellen Wahlkreisen gegen die Politik des Parteivorstandes zusammenzuschließen, wurde zunächst dem Aktionsauschuß überwiesen. Alle Angestellten des Vorwärts, die die Anordnungen des Parteivorstandes befolgen, sollen sofort durch andere ersetzt werden. Diese Maßregelung kann jedoch nicht durchgeführt werden, weil nur der Parteivorstand über Einstellungen und Entlassungen zu entscheiden hat.

— Sozialdemokratischer Magistratsrat. Zum Mitglied des Magistrats der Stadt Bergedorf bei Hamburg wurde der Parteisekretär Genosse Wilhelm Wiesner gewählt.

Geschäftliches.

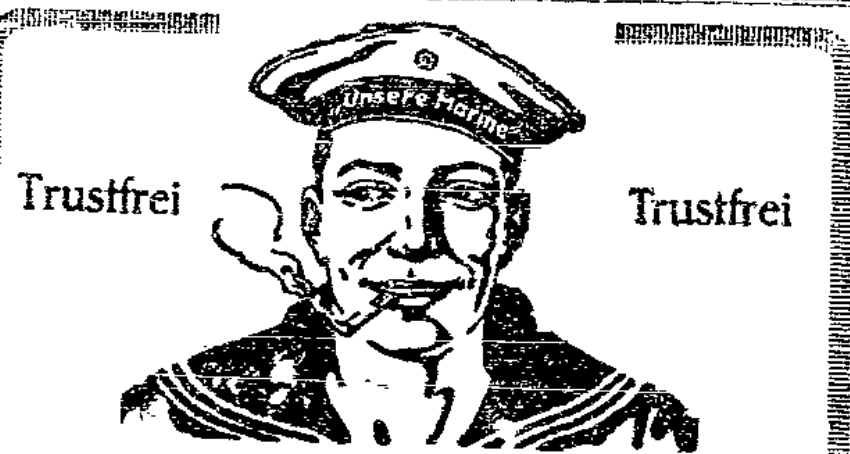
Liebesgaben

sind allen unsern im Felde stehenden Soldaten hochwillkommen. Darum möchten wir unsere Leser darauf hinweisen, daß Wobert-Tabletten, die in allen Apotheken und Drogerien in versandfertigen Feldpostbriefen erhältlich sind, sich ganz besonders zu Liebesgaben eignen. Bei den ungeliebten Strapazen, denen unsere Soldaten im Winterfeldzug ausgesetzt sind, spielen Erkrankungskrankheiten der Stimmorgane und der Lungen eine große Rolle. Vor solchen Erkrankungen schützen Wobert-Tabletten wie kein anderes Mittel. Dazu kommen ihre durchlässigen Eigenschaften, durch welche den Truppen mit Wobert-Tabletten eine große Wohltat erwiesen wird. Wer möchte da nicht seinen Lieben im Felde einen praktischen Feldpostbrief mit einer oder zwei Wobert-Schachteln senden?

Literatur

— Eine Detailkarte der Dobrubsha in dem großen Maßstabe 1:400 000 bringt die Kartographische Anstalt G. Freytag & Berndt, Wien, als Ergänzung ihrer kürzlich erschienenen Freytag'schen Detailkarte von Mittel-Rumänien im gleichen Maßstabe, an die sie sich genau anschließt.

— Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 22 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Weibliche Lehrlinge. Von Gertrud Hanna. — Mein Gefangenener. Von Karl Donsky. — Hermann Böns. Von Ernst Demig. — Legation. Von Adolf Behre. (Mit Abbildungen.) — Westensriede. Gedicht von Otto Erich Hartleben. — Kriegsarbeit der Steirer Arbeiterjugend. Von Paul Heile. — Aus der Jugendbewegung. — Die Segner an der Arbeit.



„Unsere Marine“

Zigarette

2 1/2 Pfg.

einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
allen anerkanntesten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft

für Unteroffiziere verboten werden; in jeder Kompagnie ist den Mannschaften täglich durch Anschlag mitzuteilen, welche Nationen ihnen jeweils zustehen; für jede Kompagnie, Eskadron oder Batterie ist eine Menagemission einzusetzen, in der auch die Mannschaften vertreten sind. Die Kommissionen haben allmählich unter dem Vorsitz eines Offiziers zusammenzutreten und Fragen der Verpflegung zu besprechen; daß den Ersatztruppen mobile Wohnung gewährt wird.

Der Antrag der Sozialdemokraten, der eine Erhöhung der Löhnung forderte, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, der die Schonung der durch den Krieg bereits schwer getroffenen Familien fordert, wurde mit Rücksicht auf die zuzuführenden Erklärungen des Kriegsministeriums zurückgezogen. Die anderen Anträge der Sozialdemokraten wurden zum Teil nach den Vorschlägen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Für die neuen Kriegskredite

Stimmte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch am 27. Oktober. Die Begründung gab

Hg. Geert (Soz.): Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Erneut tritt die Forderung eines Kriegskredits an uns heran. In unserem tiefen Bedauern müssen wir feststellen, daß auch zurzeit noch Ausichten auf einen baldigen Frieden nicht vorhanden sind. Die Erklärungen der leitenden Staatsmänner, in den gegen uns kriegführenden Ländern lassen von Friedensbereitschaft nichts spüren. Noch immer beharren sie bei ihrem Unterwerfungs- und Vernichtungsdrohungen uns gegenüber; noch immer gehen sie sich der Hoffnung hin, die militärische Lage zu ihren Gunsten zu wenden und Deutschland den Frieden diktieren zu können, einen Frieden, der mit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes gänzlich unverträglich wäre. Ja, selbst aus den führenden sozialistischen Kreisen des gegnerischen Auslandes werden selber noch immer Kriegsziele verkündet, die in den Bestand des Deutschen Reiches eingreifen. (Hört! Hört!) Die unersetzlich bedenkliche Bereitschaft zu einem Frieden der Verständigung, der keines der beteiligten Völker vergewaltigt, ist neuerdings wieder aufs Schrofste zurückgewiesen worden. (Hört! Hört!) Angesichts dieser Sachlage stehen wir auch heute noch vor der Notwendigkeit, die Mittel zu bewilligen, die erforderlich sind, um unser Land gegen den Ansturm der feindlichen Uebermacht auf allen Fronten zu schützen. Unser Volk leistet Gewaltiges draußen und in der Heimat. Seine Widerstandskraft zu stärken, ist die vornehmste Pflicht. Wir fordern daher, daß die Regierung alles aufbietet, um die Schwierigkeiten in der Organisation der Verteilung der Nahrungsmittel zu überwinden und die allmähliche Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und alle notwendigen Gebrauchsgegenstände herbeizuführen. Auch ist ein wirksamer Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere der in den Kriegsindustrien Beschäftigten, geboten. Ebenso ist es dringend notwendig, weitere Mittel bereit zu stellen, um die Wunden, die der Krieg schlägt, zu mildern, die Kriegsverletzten vor wirtschaftlicher Not zu bewahren und die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer zu erhöhen. Indem wir wiederum den Entschluß bekunden, in der Verteidigung der Lebensinteressen unseres Landes aufzuhalten, lehnen wir erneut darüber hinausgehende Kriegsziele ab. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie nichts versäumt, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, der die Lebensinteressen auch der anderen Völker achtet und internationale Rechtsinrichtungen anbahnt, durch die die Kulturvölker vor dem Unheil neuer Kriege bewahrt werden. Nur ein solcher Frieden trägt die Gewähr der Dauer in sich und dient auch den höchsten Interessen des deutschen Volkes. (Beifall bei den Soz.)

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft erklärte sich durch den Genossen Bernstein gegen die Bewilligung und stimmte auch dagegen.

Zum preussischen Kriegsminister ist Generalleutnant v. Stein ernannt worden. Mit der Neuorganisation des preussischen Kriegsministeriums erfolgt zugleich die Errichtung eines neuen Kriegsamts, das dem Kriegsministerium angegliedert wird. Zu den Aufgaben des Kriegsamts gehört die Beschaffung und Ernährung von Munitionsarbeitern, sowie die Beschaffung von Rohstoffen zur Herstellung von Munition und anderem Material.

Volksernährung

Kriegsgewinne. Werkzeugmaschinenfabrik Silbermeister, Bielefeld. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 20 Prozent gegen 15 Prozent im Vorjahre fest. — Maschinenfabrik Kappel Akt.-Ges. in Chemnitz-Kappel. Der Aufsichtsrat beantragte die Verteilung einer Dividende von 26 Prozent gegen 5 Proz. im Vorjahre. Die Deutsche Gasglühlicht-Akt.-Ges. (Auer) hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahre 1915/16 ihre Erträge nicht ganz außerordentlich steigern können. Der Bruttogewinn betrug 17,38 (i. B. 9,3) Millionen Mark. Der Reingewinn beziffert sich auf 12,34 (5,04) Millionen Mark. Der Gewinn hat sich demnach gegenüber dem Vorjahre mehr als verdoppelt. In der Dividenden-ausschüttung kommt dies allerdings nicht zum Ausdruck; denn es werden 25 Prozent Dividende auf die 9,9 Millionen Mark Stammaktien und 5 Prozent auf das durch Rückkauf auf 8,81 Millionen Mark zurückgegangene Vorzugsaktienkapital zur Verteilung gebracht.

Durchsichtserlesen bei der Kriegs-Leder-Gesellschaft. Der Verein gegen das Bestechungsurwesen machte in seiner letzten Sitzung Mitteilungen über die Zustände in der Kriegs-Leder-Gesellschaft, die höchstwahrscheinlich auch zu Erörterungen im Reichstag führen werden. Es wurde, wie wir der „Täglichen Rundschau“ entnehmen, dargelegt, daß im März 1916 der frühere Kommissionär und spätere Angestellte der Kriegs-Leder-Aktiengesellschaft, Hermann Holtzhaus aus Wülshelm (Ruhr)-Speldorf, einen Kreis von mindestens 28 Lederfabriken durch Ausnutzung seiner Vertrauensstellung bei der Zulassung der Häute und Werkstoffe bezwungen habe. Als Entgelt dafür sollten ihm diese Lederfabriken ein Prozent ihres Umsatzes mit der Kriegs-Leder-Aktiengesellschaft gezahlt haben. Holtzhaus soll auf diese Weise in 1 1/2 Jahren etwa 210 000 Mark an Schmiergeldern vereinndamt haben. Die Kriegs-Leder-Gesellschaft hat damit enorme Gewinne erzielt, die sie 20 Millionen Mark Kriegsanzleihe zeichnen konnte, und wenn auch diese Gewinne schließlich dem Reiche zufließen, so haben sie doch von den Verbrauchern aufgebracht werden müssen, denen das Leder um diese Summe verteuert wurde. Die Gesellschaft hat eines der feinsten Hotels in Berlin gegen eine Jahresmiete von 300 000 Mark zu Geschäftszwecken gemietet.

Hiersefleisch. In Sachsen muß nach der „Chemnitzer Volksstimme“ in manchen Orten für ein Pfund Rindfleisch 2,10 Mark und 3,50 Mark bezahlt werden. Will man diesen Preis auch mit den „gestiegenen Produktionskosten“ begründen?

Eine unerwartete Antwort hat Herr v. Batocki erhalten. Er will den Branntwein nicht beschlagnahmen, weil man Deuten, die einen Schnaps gewohnt seien, ihn nicht plötzlich entziehen dürfe,

wenn man ihre Arbeitsfähigkeit und damit die Wirtschaftsführung mancher Betriebe nicht leiden lassen wolle.“ 15 Bergarbeitervertreter aus Oberschlesien, die dieser Tage in Katowitz zu einer Gewerkschaftskonferenz versammelt waren, erinnerten nur daran, daß im ober-schlesischen Industriegebiet der Schnapsverkauf seit Kriegsbeginn verboten sei und der Schnapsgenuss dadurch auf das geringste Maß beschränkt ist. Obwohl gerade hier der Konsum ein ziemlich reichlicher war, und mancher feste Trinker seit vielen Monaten Abstinenz üben muß, haben sich die Schäden nicht gezeigt. Herr Batocki braucht sich also um die Trinker nicht sorgen. Er kann den Schnaps ruhig verschwinden lassen.

Kriegs-Profitmacher. Der Kaufmann Held in Kienstein sollte als Kommissionär der Häutenverwertung für die Kriegs-Leder-Gesellschaft Häute aufkaufen und an sie abliefern. Er verkaufte aber im Jahre 1915 an die Firma Demmler in Berlin 6000 Rindhäute und an die Firma Hirschberg in Berlin 2000 Rindhäute. Diese wurden als „ausländische“ Häute bezeichnet und von den Berliner Firmen weiter verkauft. Die Staatskasse ist um 174 000 Mark geschädigt worden. Die Berliner Händler bezahlten für die Häute 1,10 bis 1,15 Mark pro Pfund, erhielten aber 1,80 bis 2,00 Mark. Held wurde vom Allensteiner Kriegszustandsgericht zu 1450 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vor der Mainzer Strafkammer hatte sich der Inhaber einer großen Schuhfabrik zu verantworten, weil er bei seinen Schuh- und Stiefelfabriken Pappbeleg (Federerfah) verwendet hatte. Der Mann wurde freigesprochen, weil er seinem Abnehmer, einem Mainzer Großhändler, gesagt hatte, die Stiefel seien nur zum Ladenverkauf, nicht zu Lieferungen an Militärbehörden geeignet. In der Verhandlung wurde weiter bekundet, daß der Mainzer Händler die Waren nach Frankfurt a. M. verkauft hatte; von dort wurden sie dann unter der gleichen Klausel (nur für Ladenverkauf verwendbar) an eine Berliner Firma (Jacobi) veräußert. Letztere ließ die Vorichtsmahregel, daß die Stiefel nur für den Ladengebrauch geeignet seien, außer acht und verkaufte die Waren an ein militärisches Bekleidungsamt. Er wurde bereits vor einiger Zeit mit 5 Jahren Gefängnis bestraft.

Danziger Nachrichten

Die Stadtverordnetenwahlen

Die Abstimmung im zweiten und dritten Wahlbezirk.

Im zweiten Bezirk stimmten am 27. Oktober von 10 300 Wahlberechtigten 1363 oder 13,23 Prozent ab. 1914 wählten hier 14,24 Prozent, 1912 dagegen 34,30 Prozent, 1910 waren es 25,8 Prozent. Unsere Kandidaten erhielten Stimmen: Reimann 516, Bartel 504. Auf die Gegner entfielen: Krause 818, Jost 806. Ein besonderer Zwischenfall ereignete sich im Unterbezirk Feldstraße. Durch den Umstand, daß ein Besitzer des Wahlvorstandes nicht erschienen war, ersah war für ihn auch nicht vorhanden. So verließ der Wahlvorstand, ohne die Wahl begonnen zu haben, gegen 11 Uhr das Lokal. Erst gegen 4 Uhr nachmittags wurde auch dort die Wahl, ohne Mitteilung an die Wähler, eröffnet. Dadurch sind die Wahlberechtigten zweifellos in großer Zahl an der Abstimmung verhindert worden. Aus diesem Grunde protestierte Genosse Fr ü n g e l als Mitglied des Wahlvorstandes eines anderen Unterbezirks bei der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses gegen die Gültigkeit der Wahl im ganzen Bezirk. Uns wurde noch mitgeteilt, daß an dem ursprünglich in der Feldstraße bestimmten und öffentlich allein etamngemachten Wahllokal bis spät abends die morgens dort besetzte Mitteilung klebte, daß die Wahl nicht stattfinden werde. Da die neue Wahlstelle sich im nächsten Gebäude befand, so wurden auch die Wähler, die sich zufällig zur Abstimmung einfanden, durch jene Ankündigung an der Wahl verhindert. In diesem Unterbezirk erhielten unsere Kandidaten 49, die Gegner 56 Stimmen. Bei einwandfreier Abstimmung wäre die große Mehrheit auf die Sozialdemokratie entfallen. In den Unterbezirken Katharinen-Mittelschule erhielten wir mit 113 gegen 75 und Schule Neuschottland mit 101 gegen 69 Stimmen die Mehrheit.

Der dritte Bezirk wählte am 30. Oktober. Von 10 365 Wahlberechtigten wählten 1753 oder 17 Prozent gegen 10 Prozent im Jahre 1914. Damals hatten die Gegner keine Konkurrenten. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten jetzt: Reimann 811 und Gehl 802 Stimmen. Die Gegner vereinigten Blum 908 und Löwe 900 Stimmen. Der uns ungünstige Unterschied beträgt also nur rund 100 Stimmen. In fünf von den zwölf Unterbezirken erzielten wir die Mehrheit, und zwar insgesamt 592 gegen 357 bürgerliche Stimmen. Am stärksten war unser Vorsprung im altstädtischen Unterbezirk Kä h m mit 250 gegen 101 Stimmen.

Das Gesamtergebnis

Die Wahl der Stadtverordneten für die dritte Abteilung ist nach mehr als einer Richtung hin interessant und lehrreich. Zunächst beschloß die Parteileitung, den hiesigen Bürgerverein zu ersuchen, der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften einige frei gewordene Mandate ohne Wahlkampf zu überlassen. Dieses Verlangen war durchaus berechtigt. Das ist für alle Einsichtigen ohne besondere Gründe selbstverständlich. Die „vereinigten bürgerlichen Parteien“ Danzigs wollten das aber anscheinend nicht begreifen, sondern erließen auf das anfragende Schreiben vom 4. Juli endlich am 8. Oktober einen ablehnenden Bescheid. „Ein Zusammengehen“ ist heißt es dort, „wurde für unmöglich erklärt, weil in dem hiesigen amtlichen Organ der sozialdemokratischen Partei „der Volkswacht“ mitgeteilt worden war, daß diese Anfrage von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen war, wir aber prinzipiell mit politischen Parteien keine Bündnisse abschließen, da dieses nach unseren Satzungen nicht zulässig ist. Außerdem wären wir auch nicht in der Lage gewesen, Ihnen ein Mandat einzuräumen, da uns irgend welche freie Stellen nicht zur Verfügung standen.“ Also das Statut hat die Ablehnung verursacht! Das wußten die Herren vom Bürgerverein leider erst am 8. Oktober. Im Juli ist ihnen das wohl noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Es ist nur gut, daß sie wenigstens noch 17 Tage vor der Wahl das Statut einsehen, denn sonst hätte die Parteileitung vielleicht bis nach der Wahl auf Antwort warten können. Daß der Bürgerverein keine Mandate zu vergeben hat, wissen wir ohnehin. Das hat auch kein Mensch von ihm verlangt. In unserem Schreiben war nur von dem berechtigten Verlangen die Rede, einige unserer Kandidaten auf die etwaige gemeinsame Liste zu übernehmen. Also, wozu solche Ausrede? Die „vereinigten bürgerlichen Parteien“

wollten einfach, wie sie dies schon früher bewiesen, auch in der jetzt blutig-ernsten Zeit unter Belagerungszustand und Zensur trotz des Burgfriedens und der Schützengrabengemeinschaft keine Verständigung mit uns herbeiführen! Darüber ist jetzt und für alle Zeiten völlige Klarheit geschaffen worden und das ist gut so.

Die Parteileitung hat geögert, ehe sie sich entschloß, mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf einzutreten. Von den Gewerkschaften sind etwa 6000 und vom Sozialdemokratischen Verein rund 800 Mitglieder zum Heere eingezogen. Diese fehlten nicht nur als Wähler, sondern auch als Helfer. Durch die vielen Einberufungen sind die Organisationen der Partei stark geschwächt, so daß die Vereinsarbeiten nur mit Hilfe weiblicher Mitglieder erledigt werden können. Unter diesen Umständen einen Wahlkampf mit allen bürgerlichen Parteien, dazu den verschiedenen Beamtenvereinen, Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, den Evangeltischen und Katholischen Gefellensvereinen und unserm sehr vorübergehenden Woffengefährten von 1914, der „Neuen bürgerlichen Vereinigung“, zu führen, war mehr als gewagt. Es wurden denn auch genug Stimmen laut, die entschieden von der Wahlbeteiligung abrieten. Trotzdem beschloß die Partei die Beteiligung und sie hat in allen drei Abstimmungsbezirken ein über alles Erwarten günstiges Ergebnis erzielt. Während 1914 im ersten und zweiten Abstimmungsbezirk zusammen nur 688 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, waren es dort diesmal 10 14 Stimmen! Das ist eine Steigerung von 226 Stimmen oder 47,3 Prozent. Für den dritten Abstimmungsbezirk lassen sich leider keine vergleichenden Zahlen anführen. Hier hat sich die Partei 1914 nicht beteiligt. In diesem Bezirk waren die Ausichten auf einen Wahlerfolg nach früheren Erfahrungen am schlechtesten. Umsomehr überraschte die für unsere Kandidaten abgegebene hohe Stimmzahl. 802 bzw. 811 Stimmen wurden hier in 12 Wahllokale für uns gezählt. Und dieses sehr gute Resultat wurde erzielt, obwohl die Wahlagitator in bekannter Weise durch Zensur und Belagerungszustand sehr erschwert war und die Gegner über einen ausgezeichnet funktionierenden Wahlapparat verfügten. Für die bürgerlichen Kandidaten wurden hier 1914 769 Stimmen abgegeben. Diesmal bekamen sie 900 bzw. 908 Stimmen. Wir blieben also mit nur 100 Stimmen zurück. Der Wahlkampf wurde im dritten Bezirk von seiten der Bürgerlichen mit äußerster Anstrengung geführt. Ihre Inserate am Sonntag und Sonntag forderten die Mitbürger dringend zur fleißigen Wahlhilfe auf. Und die lieben Mitbürger kamen und halfen. Sie kamen alle, sogar die Herren von den Christlichen und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Sie spannten sich freudig vor den Karren der politischen Konservativen um Brungen und ihrer Zentrumsfreunde und halfen den Genossen Gehl niederstimmen mit dem sie gemeinsam im Kriegsausbruch und der Preisprüfungsstelle den Kampf gegen Ueberverteilung und Bewucherung führen. Hier stehen sie anscheinend mit Gehl zusammen. Wo er aber noch wirksamer, im Stadtparlament, die Interessen der Minderbemittelten vertreten könnte, sorgen sie für seine Niederlage. Das Verhalten der Führer der gegnerischen Gewerkschaften ist wieder sehr lehrreich für die Zukunft. Auch andere Gegner fanden sich. Zu ihnen gehörte sich auch Herr Stadtkretar Rahne, zurzeit Leutnant im Artilleriedepot und Leiter der „Neuen bürgerlichen Vereinigung“. Wie uns glaubwürdig versichert wird, soll er sich in Uniform auch an Wahlarbeiten beteiligt haben. Seinem Einfluß ist es vielleicht auch zuzuschreiben, daß mehrere Arbeiterinnen aus dem Artilleriedepot zum Stimmzettelteilen und Flugblattverbreiten für die bürgerlichen Parteien beurlaubt worden sind. Ein staatlicher Betrieb hat diese Aufgabe nicht. Er sollte auf keinen Fall in den Wahlkampf eingreifen. Diese beurlaubten Arbeiterinnen haben am Montag früh in der Zeit von 8 bis 11 Uhr im dritten Bezirk Flugblätter verteilt. Als gegen Abend die bürgerlichen Wahlleiter erfahren hatten, daß ihre Partei ungünstig stand, wurde noch schnell ein Flugblatt hergestellt, die behördliche Genehmigung zum Druck und zur Verbreitung eingeholt und an die Wähler des Bezirks verschickt von Haus zu Haus verbreitet. Interessant ist die Pflöchtigkeit mit der die Genehmigung zum Druck und Verteilung der Flugblätter besorgt sein muß. Sie mußte wohl schon am Sonntag nachgeholt worden sein. Wir mußten z. B. die Genehmigung für unsere Wahlzettel schriftlich nachsuchen und erhielten sie erst nach einigen Tagen. Diese Erfahrung hielt uns von der Herstellung eines letzten Flugblattes am Wahltag ab.

Gegen die Wahl im zweiten Abstimmungsbezirk wird Einpruch erhoben werden, weil im Unterbezirk Feldstraße die Wahlhandlung nicht vormittags 10 Uhr, wie bekannt gemacht worden war, sondern in aller Stille nachmittags um 5 Uhr eröffnet worden ist.

Wir sind diesmal unterlegen. Aber wir brauchen uns dessen nicht zu schämen. Wir haben unsere Stimmzahlen gegen 1914 um rund 50 Prozent vermehrt und können mit diesem Erfolg zufrieden sein. Insgesamt wurden jetzt 1825 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Bei der letzten Friedenswahl im Jahre 1912 waren es nur 1731! Selbst jene Ziffer ist also sogar trotz der völlig veränderten Verhältnisse um 94 Stimmen überschritten. Fast 2000 Stimmen und nicht ein einziger Standtoerordneter! Krasser konnte das Bild des freiheitlich-liberalen Danzigs nicht gezeichnet werden. Die einzigartige Bezirkseinteilung tat wieder einmal ihre Schuldigkeit. Sie gestattet die Wahl der Stadtverordneten nur in Gruppen und würgelt die Stadtteile bunt durcheinander.

Dank und Anerkennung verdienen vor allem unsere tapferen Genossinnen, die keine Mühe scheuten und die Wahlarbeit pflöchtig ausführten. Sie beschämten durch die Tat diejenigen, die auch hierbei schmolend bei Seite stehen zu sollen glaubten und den Klassenkampf andern überließen.

Zur Stadtverordnetenwahl

erhalten wir folgende, vielleicht für die Stimmung mancher bürgerlichen Kreise bezeichnende Zuschrift: Auch bei dieser Stadtverordnetenwahl hat man die freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten von der Vertretung im Rathaus fern gehalten. Vielleicht ist es aber nun doch das letzte Mal. Das Vorgehen der sogenannten vereinigten bürgerlichen Parteien entspricht keineswegs dem allgemeinen Empfinden jener Kreise.

Das bezieht sich sowohl auf die Wähler der dritten Abteilung, wie auch auf die der ersten Abteilung, wie wir mitgeteilt wird. Am Abend des Wahltages im zweiten Bezirk in Danzig sprachen sich Wähler der ersten Abteilung dahin aus, daß sie es nicht verstehen und nicht billigen können, weshalb man die Sozialdemokraten durchaus vom Rathaus fernhalten will. Man würde es für angemessen und vernünftig halten, wenn nun die dritte Abteilung diese Unterlassung der dritten Abteilung gut machen wollte und ihrerseits 1 bis 2 Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung wählt.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Die nächste Generalversammlung findet Montag, den 6. November, 8 Uhr abends, im Bürgergarten in Schidlich statt. Genosse A. Wende-Bromberg wird über das Thema: Der historische Materialismus sprechen. Als erster Punkt wird die Abrechnung für das 3. Quartal gelegt. Der wertvolle Gegenstand des Vortrages sollte regen Besuch veranlassen.

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches oder der Karte.

Kein Kriegsgewinn.

Der hiesige Kaufmann Alfred Band hatte sich im August vor dem Schöffengericht wegen übermäßigen Gewinnes beim Verkauf von Fleischbrot zu verantworten. Er hatte das Pfundbrot für 22 Pf. eingekauft und für 28 1/2 Pf. an Kaufmann Biet in Hohenstaun verkauft. Da es im Kleinhandel 30 Pf. kostete, ließen dem Kleinbändler nur 1 1/2 Pf. am Pfund. Band hatte dafür pro Pfund 6 1/2 Pf. Gewinn. Er hielt diesen Gewinn nicht für übermäßig und begründete seine Berechnung damit, daß kein Umsatz im Kriege von 100 000 auf 30 000 Mark gelauten sei. Auch habe er einen Einnahmeausfall von 12 000 Mark gehabt und müsse einen Sojus im Felde unterhalten. Dr. Grünspan, Direktor des Städtischen Kriegsernährungsamtes, vertrat als Sachverständiger den Standpunkt, daß der Gewinn zweifellos übermäßig sei. Es liege nur die einfache Vermittlung einer Ware vor, die man für 11 Pf. pro Pfund haben könnte, wenn sie nicht durch den Kettenhandel so geschraubt worden wäre. Die Ausfälle dürfe der Kaufmann nicht in den Preis kalkülieren, sonst könnte dieser bis ins Unendliche gesteigert werden. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß 30 Prozent Gewinn übermäßig seien. Es

verurteilte Band zu 150 Mark Geldstrafe. Reuwendings beklagte der Fall, auf die Berufung des Berufungssenats, die Strafkammer. Dr. Grünspan blieb auch hier bei der Überzeugung, daß 30 Prozent Gewinn unzulässig wären. Zwei private Sachverständige, darunter Prokurist Hambrach von der Firma G. Corndt, waren gegenentgegner Meinung. Das Berufungsgericht folgte ihnen und sprach den Angeklagten frei. Es nahm den Bruttoerlös mit nur 22 Prozent an, von dem, nach Abzug von 14 Prozent Handlungskosten, 8 Prozent Gewinn blieben. Nach Angabe der kaufmännischen Sachverständigen wurde dieser Gewinn auch im Frieden erzielt. Daher sei er auch jetzt nicht übermäßig gewesen.

Land wurde bald nach seiner Verurteilung, wie wir mitgeteilt haben, amtlicher Obstaufkäufer des Reichs-Kriegsernährungsamtes.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Behl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Jungstädtisches Gesellschaftshaus
Bes. Aug. Schmidtke Schichaugasse Nr. 6
Am Hansa-Platz.
Sonntag den 5. November 1916
2! DINSE 2!
Gr. Familien-Vorstellungen
Nachmittags 4 Abends 8 Uhr.



Der Raucher
erfrischt seine Lunge am besten durch Wagners-Tabak; sie schmeden vorzüglich und schützen zugleich vor Erkältung und deren Folgen.
In allen Apotheken und Drogerien Nr. 1.

Wagners-Tabletten

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zelstoff, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst umbessern will, verwendet vorzüglich die Nähmaschine Stepperin D.B.G. u. S. Sohle, beste Konstruktion, Näh-Schnur wie Maschine, Leicht zu handhaben, Garantie für Brauchbarkeit, Viele Anerkennungen, Preis Mk. 2,50 mit Nähmaschinen und Leinwand, verpackt und postfrei in Lederhüllen käuflich oder direkt durch **Joh. Zucker** Stuttgart-Botnang.

Karbid-Lampen
Karbid- und Taschenlampen, Sprechmaschinen, Schallplatten, Nähmaschinen, port- und rückwärtsgehend 1315 **A. Hein**, Breitgasse 113.

Kinder-Cello (klein) und Flöte billig zu verk. Töpfergasse 29, 2 Tr., b. Lutz.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen und 4 1/2% Schatzanweisungen der IV. Kriegsanleihe können vom 6. November d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden. Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassenöffnung bis zum 17. April 1917 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Für die 5% Reichsanleihe und für die 4 1/2% Reichsschatzanweisungen sind besondere Nummernverzeichnisse auszufertigen; Formulare hierzu sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stämmer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen für die I. und III. Kriegsanleihe ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915 und 1. Oktober d. Js. fällig gewordenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.
Berlin, im November 1916.

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein, u. Grimm.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt
Montag den 6. November 1916, abends 8 Uhr im Lokale der Frau Steppuhn-Schidlich
Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1916.
2. Vortrag des Gen. Richard Wende-Bromberg über „Der historische Materialismus“.
3. Berichtendes
Der Vorstand, J. H. Sellin.

Es wird erneut auf das Verbot vom 30. 8. 1915 hingewiesen, das hiermit nochmals zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Bekanntmachung.

Trotz der günstigen Kriegslage sind in letzter Zeit vielfach Gerüchte über angebliche Siege der Feinde verbreitet und sonstige vaterlandstündliche Neußerungen geführt worden.

Es wird daher auf den § 9a des Gesetzes vom 4. Juni 1851 aufmerksam gemacht, welcher bestimmt, daß wer in Beziehung auf die Zahl, die Richtung oder angebliche Siege der Feinde oder Kämpfer wissenschaftlich falsche Gerüchte ausstreut oder verbreitet, welche geeignet sind, die Zivil- oder Militärbehörden hinsichtlich ihrer Maßnahmen irre zu führen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird, wenn die behaupteten Siege keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen.

Ferner wird auf Grund des § 9b des genannten Gesetzes im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den gesamten Befehlsbereich des kaiserlich-königlichen XVII. Armeekorps verboten:

- a) unwahre Gerüchte über angebliche Siege und Erfolge der Feinde, sowie unwahre Gerüchte anderer Art, die geeignet sind, die Öffentlichkeit zu beunruhigen, zu verbreiten;
 - b) öffentlich den Feind feilsche Reden zu führen oder eine den Feinden günstige Stimmung in anderer Weise an den Tag zu legen.
- Zusammenfassend, auch wenn sie inhaltlich besagen werden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Danzig, Grandest, Thora, Marienburg, Galm, den 30. August 1915

Der kommandierende General des k. k. XVII. Armeekorps.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Galm und Marienburg.

Drucksachen
Ihre Druckerei hat sich um die Herstellung der vornehmsten Artikel bemüht, seine Geschäftswelt sollte unterstützen, dessen kein Mangel zu richten. Wir verfügen über Arbeiten wie Besatzungen, Briefbogen, Prospekt, Propaganda, etc. zu jenen Preisen, die bei prompter Lieferung. Bedenken Sie sich bei Bedarf an die

Volkswacht
Danzig, Paradisegasse 32
Telefon 3298



Lustige Blätter
Durch wunderbare Bilder und packenden Text das humoristische Leitblatt aller Zeitgenossen und Dabeimgeliebten!
Lesende von Schindler werden. Das jede Nummer der „Lustigen Blätter“ als Lieblingssache betrachtet werden soll und immer wieder in seinen Träumen einen herrlichen Traum erleben darf.
Preis 10 Pf. und Probe-Abonnement monatlich nur Mark 1,20 bei allen Buchhandlungen und Postämtern.
Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68

Mass-Anfertigung feinsten
Herren-Bekleidung
Beste Verarbeitung Sehr mässige Preise
Eugen Hasse
Kohlenmarkt 14/16. Fernsprecher 1854.

In Freien Stunden Heft 10 Pfennig. Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht, Paradisegasse 32

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl.
Blusen Handgefertigt zu billigsten Preisen.
Julius Goldstein
Lorenzengasse 4, gegenüber der Markthalle.

Echt gefälschten **Schnupftabak** offeriert.
Julius Gosda, Kohlsaatgroßhandlung und Schnupftabakfabrik.
Danzig, Ede Härtgergasse 5 u. 2. Pflaßergasse 5. Fernspr. 2428

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, 6. November, abends 7 1/2 Uhr: „Die rätselhafte Frau“, Lustspiel von Reinert.
Dienstag, 7. November, abends 7 1/2 Uhr: „Marta“, Oper von Flotow.
Mittwoch, 8. November, nachmittag 3 Uhr: Schülervorstellung: „Mina von Parahela“. Abends 7 1/2 Uhr: „Die Fledermaus“, Operette von Strauß.
Donnerstag, 9. November, abends 7 1/2 Uhr: „Ein Volksfest“, Schauspiel von Ibsen.
Freitag, 10. Novbr., abends 7 Uhr: „Lohengrin“, von Wagner.
Sonntag, 11. November, abends 7 Uhr: „Wallenstein Tod“, von Schiller.
Sonntag, 12. November, vorm. 11 1/2 Uhr: Erstes Sinfonie-Konzert, mit d. Leit. des Kapellmeisters Viktor Wolfgang Schwarz. Abends 7 1/2 Uhr: „Das Götterdämmerung“.